

Auszug aus dem substanziellen Protokoll

160. Ratssitzung vom 12. November 2025

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2025/367 und 2025/508

5384. 2025/367

Weisung vom 03.09.2025:

Finanzverwaltung, Nachtragskredite II. Serie 2025

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums und mit qualifiziertem Mehr gemäss Ausgabenbremse:

1. Im Budget 2025 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als II. Serie zusammenfassend folgende ordentlichen Nachtragskredite bewilligt:

Ordentliche Nachtragskredite	Betrag
Erfolgsrechnung	12 773 100
Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	3 307 000
Total	16 080 100

Unter Ausschluss des Referendums:

2. Im Budget 2025 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als II. Serie zusammenfassend folgende ordentlichen Kreditübertragungen bewilligt:

Ordentliche Kreditübertragungen	Betrag
Erfolgsrechnung	+2 938 500 -3 118 500
Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	+180 000 -0
Total	0

Unter Ausschluss des Referendums:

3. Im Budget 2025 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als II. Serie zusammenfassend folgende dringlichen Nachtragskredite genehmigt:

Dringliche Nachtragskredite	Betrag
Erfolgsrechnung	1 045 000
Investitionsrechnung	0
Total	1 045 000



Eintretensdebatte:

Namens der Rechnungsprüfungskommission (RPK) stellt Sven Sobernheim (GLP), Präsidium die Weisung zu den Nachtragskrediten II. Serie 2025 vor und vertritt die Kommissionsmehrheit zu den Dispositivziffern 1 und 3 sowie die Kommission zur Dispositivziffer 2:

Sven Sobernheim (GLP): *Die Nachtragskredite II. Serie 2025 sind zu 98 Prozent unspektakulär. Es geht um 16 Millionen Franken Nachtragskredite zu verschiedenen Themen und 3 Millionen Franken Kreditübertragungen. Diskutiert haben wir hauptsächlich über die Abfindungen, wie es immer der Fall ist, sowie über das Lizenzmodell VMware, Spitex-Beiträge, das Seewasserwerk Moos sowie die verschiedenen Pflegestufen. Umstritten ist bloss der Dringliche Nachtragskredit im Umfang von 1,04 Millionen Franken zum Verkauf der Energie 360° AG. Die Kommissionsmehrheit beantragt dem Gemeinderat Zustimmung zu den Nachtragskrediten II. Serie, egal wie bezüglich des Dringlichen Nachtragskredits gestimmt wird. Dringlich heisst, dass das Geld schon ausgegeben ist. Die Debatte heute ist also reine Symbolpolitik. Die Kommissionsmehrheit beantragt ebenfalls Zustimmung zum Dringlichen Nachtragskredit.*

Kommmissionsminderheit Dispositivziffern 1 und 3:

Johann Widmer (SVP): *Die Nachtragskredite bleiben ein Unding für uns. Da hat der Stadtrat eine Idee, gibt dafür Geld aus und klopft anschliessend beim Gemeinderat an, um das bereits ausgegebene Geld rückwirkend zu legitimieren. Wir fordern, dass diese Praxis eingestellt wird. Haltet euch ans Budget. Wofür erstellen wir es sonst? Warum fragt der Stadtrat uns erst, nachdem er das Geld schon ausgegeben hat? Welche Rolle hat der Gemeinderat noch, wenn der Stadtrat ihn nicht vorher fragt und wie selbstverständlich Geld ausgibt? Die Nachtragskredite muss man abschaffen. Die Anträge für Nachtragskredite bestehen wieder vor allem aus Löhnen, Abfindungen und Honoraren. Das ist stossend. Ein Mitarbeiter kann sich bis zur nächsten Budgetrunde gedulden und auf seinen Lohn warten. Die Stadt sollte auch nicht Versprechungen machen, die nur eingehalten werden können, wenn wir Nachtragskredite bewilligen. Besonders schlimm sind die Gelder für externe Berater. Wir weisen immer wieder darauf hin, dass die Stadt sehr viele externe Berater konsultiert, obwohl sie über eigene kompetente Leute verfügt. Hinzu kommen Pflegeleistungen, die teurer wurden, und der Kredit, der mit dem Wasserwerk zu tun hat. Da könnte man noch sagen, dass das nicht vorherzusehen war. Die SVP lehnt die Nachtragskredite II. Serie ab. Mehr gibt es da nicht zu sagen.*

Eintreten ist unbestritten.

Die RPK beantragt, die Nachtragskredite II. Serie 2025 des Stadtrats unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen (Anträge der RPK) zu genehmigen:



Antrag 001:

Kommissionsreferat:

Martin Bürki (FDP): *Gemäss Antwort des Stadtrats werden diese 100 000 Franken nicht benötigt. Dafür wurden bereits bei früheren Ausgabenbeschlüssen Rückstellungen geschaffen. Der Gesamtbetrag kann darum um 100 000 Franken reduziert werden. Die Kommission beantragt einstimmig Zustimmung zu diesem Antrag.*

2. Ordentliche Nachtragskredite

S. 2	10 1060 3010 00 201	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Sammelkredit Abfindungen			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
001.	Antrag Stadtrat			591 200	
		100 000		491 200	Zustimmung
					Vizepräsidium Martin Bürki (FDP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Gemäss den Antworten des Stadtrats werden Fr. 100 000 nicht benötigt – der vorgesehene Betrag kann daher reduziert werden.		

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK stillschweigend zu.

Gemeinsame Behandlung von Antrag 002. und Postulat GR Nr. 2025/508

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Felix Moser (Grüne): *Die Behandlung dieses Nachtragskredits ist etwas speziell. In der Weisung heisst es lediglich: «Departement der Industriellen Betriebe, Beratungs- und Unterstützungsdienstleistungen, Dringlicher Nachtragskredit, STRB 2051/2025.» Der besagte Stadtratsbeschluss ist leider immer noch geheim. Für die Zuhörenden oder die Medien wäre es interessant zu wissen, worum es hier geht und was bewilligt werden soll. Wie der Präsident der Kommission schon gesagt hat, geht es um den geplanten Verkauf der Energie 360° AG. Die Kommission wurde erst sehr vage und später unter Geheimhaltung detaillierter informiert. Irgendwann haben die Medien ebenfalls darüber berichtet. Woher sie die Information haben, dass die Stadt Zürich ihren Anteil an die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) verkaufen will und dazu Verhandlungen*



laufen, weiss ich nicht. Inzwischen wissen wir, dass es bei dem Nachtragskredit um sogenannte Due Diligence geht, also die detaillierte Prüfung der Energie 360° AG. Der Stadtrat hat den Kredit dringlich bewilligt, das Geld ist also schon ausgegeben. Unnötig ist die Debatte aber trotzdem nicht. Es ist gut, wenn wir über die Sache diskutieren können. Es wird aber nicht das letzte Mal sein. Wenn wir dem Kredit zustimmen, heisst das, dass wir das Vorgehen nachträglich gutheissen. Lehnen wir ihn ab, wie von der Kommissionsmehrheit beantragt, ist das ein deutliches Zeichen, dass wir nicht einverstanden sind. Der Verkauf einer städtischen Aktienmehrheit ist nur mit Zustimmung des Gemeinderats und des Volks möglich. Ein früher Einbezug des Parlaments wäre darum eigentlich zwingend gewesen. Dass der Stadtrat versucht hat, möglichst viel unter Geheimhaltung durchzuführen, ist nicht verständlich. Insbesondere da der Gemeinderat in den letzten Jahren sämtliche Verkaufsprojekte abgelehnt hat oder es gar nie zur Abstimmung gekommen ist. Wenn der Stadtrat wirklich möchte, dass diesem Verkauf zugestimmt wird, sollte er den Gemeinderat von Anfang an einbinden und transparent informieren. Das ist die einzige Möglichkeit, Vertrauen zu schaffen. Abgesehen von diesem intransparenten Vorgehen ist die Kommissionsmehrheit auch inhaltlich nicht einverstanden mit dem Verkauf. Wir sind überzeugt, dass städtische Infrastruktur wie das Gasnetz in städtischer Hand bleiben muss. Wir fordern den Stadtrat auf, in den laufenden Verkaufsgesprächen klar festzuhalten, dass das Gasnetz in Zürich – wie bereits die thermischen Netze – von der Stadt übernommen wird und kein Teil des Verkaufsangebots sein soll. Die Kommissionsmehrheit beantragt Ihnen, den Nachtragskredit abzulehnen.

Sven Sobernheim (GLP): Wir sprechen bei der Energie 360° AG über eine Aktiengesellschaft, die es schon lange in dieser Form gibt. Sie steht eigentlich nur unter der Oberaufsicht des Gemeinderats, weil wir planen, die thermischen Netze, die die Energie 360 jetzt noch baut, ins Elektrizitätswerk (ewz) zu überführen. Ob man das Gasnetz im Niederdorf behalten will oder nicht, ist Sache des Begleitpostulats. Wieso aber die Stadt Zürich mit 96 Prozent an der Energie 360° AG beteiligt sein soll, wieso sie die Infrastruktur, den Gashandel und alles andere behalten soll, obwohl es die Stadt nur noch am Rande betrifft, erschliesst sich der Kommissionsminderheit nicht. Für uns ist klar, dass wir uns von dieser Beteiligung verabschieden können. Dass eine Mehrheit nun sagt, ein Verkauf an die EKZ sei ein Skandal, ist erst recht fraglich. Wieso es gerade von linker Seite schlimm sein soll, dass eine Aktiengesellschaft in eine öffentlich-rechtliche Anstalt überführt wird, verstehe ich nicht. Schon bei der ewz-Ausgliederung war das verwirrend. Ich vermute aber, dass es hier um einen Grundsatz geht. Die Stadt soll alles können und vorschreiben dürfen. Ich finde es viel wichtiger, bei so einem grossen finanziellen Risiko pragmatisch zu bleiben und dem Stadtrat zu signalisieren, dass es richtig ist, eine AG, die mit uns nicht mehr viel zu tun hat, zu verkaufen.

Christian Häberli (AL) begründet das Postulat GR Nr. 2025/508 (vergleiche Beschluss-Nr. 5332/2025): Es war wohl nicht die Absicht des Stadtrats und des Verwaltungsratspräsidenten STR Michael Baumer, dass der Verkauf der städtischen Energie 360° AG so viel politischen Diskussionsstoff liefert. Es wäre Ihnen wohl lieber gewesen, das Geschäft mit ein paar Gesprächen im Hinterzimmer schnell abzuschliessen. «Inside Para-



deplatz» hat am Wochenende bekannt gemacht, dass die Eidgenössische Elektrizitätskommission ElCom ein Verfahren gegen EKZ eröffnet hat. Dabei geht es um eine Rettungsleine von 4 Millionen Franken zugunsten eines Stromhändlers im Baselland. Das ist nicht unbedingt der vertrauenswürdigste Käufer für unsere geliebte Energie 360° AG. Das Postulat haben wir in Unkenntnis des Verfahrens verfasst, sind aber umso glücklicher, dass wir es eingereicht haben. Es führt kein Weg daran vorbei, vor jeglichem Verkauf eine gründliche Analyse zu machen und uns zu überlegen, wie wir den Energie-Gemischtwarenladen aufräumen können. Das ist eine Hausaufgabe, vor der sich der Stadtrat und Gemeinderat nicht länger drücken können. Als Basis für die Beurteilung ist als erstes eine aussagekräftige Spartenrechnung nötig, die mein Vorgänger im Rat mit dem Postulat GR Nr. 2022/380 schon vor drei Jahren gefordert hatte. Es ist an der Zeit, das Anliegen endlich umzusetzen und den Gemeinderat angemessen in die Entscheidung einzubeziehen. Vor einem Verkauf, den wir nicht grundsätzlich ablehnen, ist ausserdem zu klären, welchen Teil der Infrastruktur auf Stadtgebiet man rekommunalisieren, also ins ewz integrieren kann. Dann kann man sorgfältig abklären, welche ausserstädtischen Infrastrukturen von den jeweiligen Standortgemeinden übernommen werden. Es kann nicht sein, dass die Stadt Zürich über den Kopf der Gemeinden hinweg über einen Verkauf an einen beliebigen Käufer entscheidet. Das entspricht nicht dem Demokratieverständnis der AL. Zu guter Letzt gibt es Teile, die man wahrscheinlich mit gutem Gewissen verkaufen kann, zum Beispiel die Elektro-Ladestationen in Chiasso oder eine Niederlassung in Lausanne. Nicht angebracht ist ein Verkauf der gesamten AG an EKZ. Bevor wir etwas entscheiden, braucht es eine sorgfältige Analyse und eine geschickte Verkaufsstrategie. Die Energieversorgung ist vollständig zu rekommunalisieren.

Johann Widmer (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 12. November gestellten Ablehnungsantrag zum Postulat GR Nr. 2025/508: Ich weiss nicht, ob den Anwesenden klar ist, wie der Verkauf einer AG vonstattengeht. Offenbar versteht ihr nicht viel davon. Aber was ihr hier tut, ist äusserst kontraproduktiv. Es wird eindeutig vorsätzlich gehandelt, um einen Verkauf zu sabotieren. Christian Häberli (AL), Verkäufe werden tatsächlich in Hinterzimmern unter strengster Geheimhaltung vorbereitet. Es ist schon viel zu viel an die Öffentlichkeit gelangt. Das grenzt fast an Amtsgeheimnisverletzung. Wird das nicht geheim gehalten, platzt der Deal in der Regel. Wer weiss, ob ihr die Sache mit euren öffentlichen Reden und den Artikeln schon ruiniert habt. Solche Informationen gehören nicht an die Öffentlichkeit. Die Phase, in der sich das Ganze jetzt befindet, ist nötig. Es muss Due Diligence gemacht werden, es muss besprochen werden, was die Details des Verkaufs wären. Natürlich hat der Stadtrat den Vertrag dann dem Gemeinderat oder Volk vorzulegen. Es wird eine politische Diskussion geben. Aber so weit sind wir noch gar nicht. Ihr Linken, die ihr immer für Mitarbeiter kämpfen wollt, wollt jetzt die Energie 360° AG zerlegen. Das hätte enorme Auswirkungen, sowohl auf Dutzende Arbeitsstellen, aber auch auf die Firma und einen allfälligen Verkaufspreis. Als Teil von EKZ könnte die Energie 360° AG hingegen sehr gut verschiedene Bedürfnisse von Gemeinden und des Kantons abdecken. Das hat die Due Diligence gezeigt. Ihr beweist hiermit, dass ihr nichts von dieser Sache versteht. Schaut doch besser, dass ihr die Geheimhaltungspflicht nicht verletzt, damit der Vertrag in Ruhe geprüft und ausgearbeitet werden kann. Dafür braucht es etwas Geld, das sehen



wir, auch wenn wir gegen Nachtragskredite sind. Wie es aussieht, wird sich der Gemeinderat sowieso als Totengräber des Deals entpuppen und das Geld wird nicht mehr benötigt werden. Ich hoffe nur, ihr vertreibt nicht jeden seriösen Käufer. Selbstverständlich ist es vernünftig, dass man konstruktive Anregungen in den Vertrag aufnimmt.

Weitere Wortmeldungen:

Markus Haselbach (Die Mitte): Ich äussere mich generell zu den Nachtragskrediten. Umstritten war einzig der Dringliche Nachtragskredit zur Prüfung des Verkaufs der Energie 360° AG. Wegen der Geheimhaltung war die Behandlung etwas speziell. Unterdessen informierte die Stadt die Öffentlichkeit mit einer Medienmitteilung darüber. Dem Verkauf vorausgegangen war der Beschluss einer schrittweisen Übergabe von vier Energieverbünden von der Energie 360° zum ewz. Damit hat sich der Schwerpunkt der Aktivitäten der Energie 360° AG auf das Gebiet ausserhalb der Stadt verlagert. In der Stadt geblieben ist das Gasverteilnetz, das in nächster Zukunft bis auf wenige Teile stillgelegt wird. Somit ist es vernünftig, die Energie 360° AG in andere Hände zu geben. EKZ scheint dafür der ideale Partner. Die Die Mitte/EVP-Fraktion unterstützt diese Transaktion und damit den Dringlichen Nachtragskredit. Antrag 2 zur Streichung des Nachtragskredits lehnen wir ab. In der Schlussabstimmung stimmen wir allen Dispositivziffern zu.

Dr. Florian Blättler (SP): Bevor ich zum eigentlichen Thema komme, möchte ich bemerken, wie erstaunlich es ist, dass die SVP in der allgemeinen Debatte jede Ausgabe für externe Beratung bemängelt, nur um sie dann in dieser Detailberatung zu verteidigen. Aber zurück zum Thema: Städtische Infrastruktur gehört unter städtische Kontrolle. Die SP ist ganz klar dagegen, das städtische Gasnetz zu verkaufen. In diesem speziellen Fall geht es darum, Mietende, die weiterhin darauf angewiesen sind, in mit Gas beheizten Wohnungen zu wohnen, vor übersteuerten Preisen zu schützen. Auch sollen die ambitionierten Dekarbonisierungsziele der Stadt eingehalten werden können. Das Gasnetz ist im Moment zu weit weg von der demokratischen Kontrolle. Was es braucht, ist eine ergebnisoffene Auslegeordnung: Was beinhaltet das Konstrukt Energie 360° AG? Wie bringen wir das Gasnetz wieder unter demokratische Kontrolle? Die SP lehnt den Nachtragskredit ab, weil der Verkaufsprozess in seiner jetzigen Form nicht mehr zu retten ist. Entsprechend werden wir auch das Postulat ablehnen. Welche Lösung wir schlussendlich wählen, werden wir in einer späteren Diskussion sehen, nicht jetzt.

Tanja Maag (AL): Ich spreche jetzt für die Rechnungsprüfungskommission, nicht als Postulantin. Die AL lehnt den Dringlichen Nachtragskredit ab. Wir unterstützen diesen Vorbereitungsschritt zum Verkauf der Energie 360° AG ans EKZ nicht. Natürlich braucht es Vorbereitungsschritte, wenn verkauft werden soll. Wir unterstützen das aber grundsätzlich nicht. Da das Geld bereits ausgegeben wurde, handelt es sich um eine rein symbolische Ablehnung. Der Stadtrat war der Ansicht, dass da kein Aufschub möglich sei und hat über unsere Köpfe hinweg von dieser finanzrechtlichen Möglichkeit Gebrauch gemacht. Aus Kommissionssicht hat die Geheimhaltung eine transparente Abwicklung dieses Geschäft erschwert, da dadurch ein Austausch zwischen den Kolleg*innen der Sachkommission und uns unmöglich war. Das Departement ist auch nicht auf



die Idee gekommen, uns dieselben Informationen zukommen zu lassen. Wir haben dann die Delegation eingeladen und konnten schlussendlich zu einem Punkt kommen, an dem wir alle auf demselben Stand waren. Ein frühes und transparentes Einbinden geht anders. Ich hoffe, der Stadtrat merkt, dass der Verkauf von städtischer Infrastruktur nicht in unserem Sinn ist. Für die AL war bereits die Gründung dieser AG nicht richtig. Die Liberalisierung von Service-Public-Leistungen kommt bei uns grundsätzlich nicht gut an. Natürlich ist das nur ein kleiner Teil der städtischen Infrastruktur. Wir möchten diesen Teil aber behalten und verlangen auch, dass andere Gemeinden im Kanton Zürich über ihre eigenen Infrastrukturen verfügen können. Wir sagen nicht, wie Sven Sobernheim (GLP) behauptet, die Stadt Zürich solle alle anderen übersteuern können. Uns geht es darum, dass die Gemeinden selbst entscheiden können. Wir wollen keine Energieversorgung aus einer Hand durch EKZ, sondern eine möglichst hohe Autonomie der einzelnen Beteiligten. Natürlich müssen wir dafür die Struktur der AG aufbrechen, das stimmt. Ich möchte mich aber gegen den Vorwurf wehren, die Geheimhaltung gebrochen zu haben. Ich habe sie kritisiert, aber zu jedem Zeitpunkt respektiert. Ich wehre mich gegen die pauschalen Vorwürfe, dass Informationen zur Presse gelangt seien.

Felix Moser (Grüne): Die Energie 360° AG ist ein wichtiger Player bei der Dekarbonisierung. Darum hat das Thema bei uns zu vielen internen Diskussionen geführt. Diese sind auch noch nicht abgeschlossen. Klar ist für uns, dass wir den Antrag ablehnen. Das Gasnetz in der Stadt Zürich sollte der Stadt gehören. Das wollen wir nicht verkaufen. Im Weiteren ist für uns wichtig, dass die Energie 360° AG zukünftig alles unternimmt, um Netto-Null zu erreichen und die Dekarbonisierung so rasch wie möglich zu ermöglichen. Zuletzt ist uns auch wichtig, dass die öffentliche Hand weiterhin mitreden kann. Das Postulat der AL kommt für uns zu früh und beinhaltet zu viele Details. Da wir uns noch uneinig sind, was wir tun wollen, enthalten wir uns bei diesem Postulat.

Johann Widmer (SVP): Ich fasse kurz zusammen. Ihr wollt den Verkauf sabotieren und die Mitarbeiter dem Risiko aussetzen. Ihr habt bereits einen Haufen Assets zerstört, indem ihr das Abstellen des Gases erzwungen habt. Ihr habt aber auch nicht überprüft, ob man ein alternatives Gas – beispielsweise CO₂-neutrales Methangas – einliefern könnte. Ihr baut ein Fernheiznetz für 60 Prozent der Leute. Die anderen 40 Prozent sind euch total egal. Es interessiert euch nicht, wie die anderen heizen wollen. Ein Teil versucht es jetzt mit Wärmepumpen. In der Innenstadt dürfte das ein Problem sein. Dort werden wir weiterhin Gas brauchen. Das Einzige, das ihr wollt, ist zerstören. Das ist linke Politik.

Sven Sobernheim (GLP): Man könnte sich ja schon überlegen, ob man im Niederdorf zum Beispiel Erdsonden im öffentlichen Grund zulassen könnte. Sich darauf zu versteifen, dass das Niederdorf verloren sei und man darum das Gasnetz unbedingt behalten müsse, ist unproduktiv. Wieso wir die Grenzen so ziehen, wenn es um Infrastruktur geht, erschliesst sich mir nicht. Wir wollen das Gasnetz in der Stadt, aber die Lieferung und den Unterhalt müsste weiterhin die Energie 360° AG übernehmen. Weiterhin fehlt mir eine Erklärung für die Verteufelung der öffentlich-rechtlichen Institution EKZ. Warum die Gemeinden nun auch noch Stromanbieter sein sollen, verstehe ich auch nicht. EKZ liefert schon Strom in all diese Gemeinden, also kann es ihnen auch Gas liefern.



Markus Merki (GLP): Sven Sobernheim (GLP) hat alles vorweggenommen. Ich spreche zum Begleitpostulat. Wir haben vom Sprecher der SP gehört, dass das Gasnetz in die öffentliche Hand gehöre, da man keine Preissteigerung wolle. Das wird aber nicht von der Infrastruktur vorgegeben, sondern von den Lieferungen. Als Russland die Ukraine angegriffen hat, sind die Gaspreise ins Unermessliche gestiegen. Das Parlament konnte nichts unternehmen, ausser Winterzulagen zu sprechen. Mehr ist nicht möglich. Alles andere, zum Beispiel Rohrverlegungsarbeiten, ist nach wie vor gleich teuer. Die Kredite sind auch nicht gestiegen, weil das Gas teurer ist. Das Postulat fordert auch, den Gemeinden solle angeboten werden, das kommunale Netz zu erwerben. Was ist das kommunale Netz? Das Netz gehört der Energie 360° AG und ist sicher kommunal. Wo hört dann das kommunale Netz auf, an den Gemeindegrenzen? An der Grenze zum übergeordneten Versorgungsnetz? Es wirkt etwas wirr. Und was passiert mit Gemeinden, deren Netz über die Energie 360° AG läuft? Ich weiss nicht, ob eine kleine Gemeinde wirklich Lust hat, eine weitere Fachperson anzustellen, die das Gasnetz betreut. Die Handlungsmacht einer Energie 360° AG auf dem Energiemarkt ist definitiv grösser, als wenn 70 Gemeinden selber verhandeln. Wir lehnen das wenig durchdachte Postulat ab.

Michael Schmid (FDP): Ich habe den Eindruck, in der SP und bei den Grünen sind die fraktionsinternen Diskussionen noch nicht abgeschlossen. Darum halte ich mich zurück und setze mich vor allem mit dem Votum der AL auseinander. Viele Ihrer angeblichen Prinzipien werfen Sie schnell über Bord, wenn es Ihnen in den Kram passt. Die Schuldvermutung gegenüber EKZ, die nur auf einem «Inside-Paradeplatz»-Artikel basiert, finde ich inakzeptabel. Das führt mich zu einem weiteren Grundsatz, den wir normalerweise von der linken Ratsseite hören: Mit Eigentum kommt Verantwortung. Die Stadt Zürich ist zu 96 Prozent Eigentümerin der Energie 360° AG; als Eigentümerin der Dienstabteilung ewz ist sie vollständige Besitzerin. Letzte Woche in der Fraktionserklärung wurde gesagt, man müsse den Laden aufräumen. Dabei hat das ewz auch diverse Beteiligungen in Form einer Aktiengesellschaft. Das geht einfach nicht auf. Und wenn Sie schon von Rekommunalisierung sprechen, dann müssen Sie diese Verantwortung als Eigentümerin in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form auch wirklich ernst nehmen. Sie fordern, die kommunalen Infrastrukturen den Gemeinden zum Kauf anzubieten, aus Respekt vor der Gemeindeautonomie und Demokratie. Dieselben Gemeinden haben einmal demokratisch entschieden, dass sie ihre Infrastruktur an die Energie 360° AG verkaufen. Diesen Entscheid müssen wir auch ernst nehmen, das ist wohl der Ausgangspunkt der Diskussion. Auch wenig Sinn macht die Einreichung dieses Postulats und die Forderung nach genauer Abklärung, während man den Nachtragskredit ablehnen will. Genau dieses Geld braucht es doch, um professionelle Geschäfte zu machen.

Dominik Waser (Grüne): Auch die Grünen weisen die Vorwürfe zurück. Aus unserer Sicht hat der Stadtrat seine Verantwortung nicht wahrgenommen. Zu seinen Aufgaben hätte es gehört, den Rat einzubeziehen und abzuklären, was mehrheitsfähig ist – gerade, weil klar ist, dass über den Verkauf abgestimmt werden muss. Die linke Seite will auf jeden Fall Verantwortung für das übernehmen, was wir besitzen. Wir sind uns aber noch nicht einig, in welche Richtung es gehen soll. Das kommunizieren wir ehrlich. Unsicher sind wir uns vor allem, weil wir noch nicht alle Entscheidungsgrundlagen vor uns



haben. Gewisse andere sprechen, als wüssten wir schon jedes Detail. Sven Sobernheim (GLP) hat gefragt, wieso man die Infrastruktur aber nicht den Betrieb will. Das zeigt auf, dass sich viele Leute diese Frage bisher nicht gestellt haben. Für eine fundierte Auseinandersetzung fehlt dem Parlament jede Grundlage. Die Aufgabe des Stadtrats wäre es gewesen, uns diese Grundlage zu liefern. Stattdessen von uns zu verlangen, uns zu entscheiden und nicht so blöd zu tun, finde ich verantwortungslos. Wir werden uns sicher weiter damit befassen. Das Projekt steht offensichtlich auf wackligen Beinen und ich bezweifle, ob sich eine Mehrheit finden lassen würde. Vielleicht sollten wir innehalten, anerkennen, dass die Kommunikation nicht ideal war, und dann weiterreden.

Christian Häberli (AL): *Die Vorgehensweise, die Johann Widmer (SVP) als Standard schildert, ist in der Privatwirtschaft in Ordnung. Was ihr da macht, ist mir egal. Von mir aus könnt ihr euch gegenseitig über den Tisch ziehen. Hier geht es um öffentlichen Besitz. Die Energie 360° AG ist zu 96 Prozent im Besitz der Stadt. Damit müssen wir verantwortungsvoll umgehen. Unser Postulat fordert genau das. Ein verantwortungsvoller Umgang mit dem Eigentum der Stadt heisst, es nicht dem erstbesten Käufer zu überlassen. Wer hier pikiert reagiert, hat wohl Interessenbindungen nicht offengelegt. Was die kommunale Infrastruktur angeht, habe ich eine Frage an Michael Schmid (FDP) und Johann Widmer (SVP): Stellt euch vor, ihr wäret Werkvorstand für die Stromversorgung einer Gemeinde, wo die Energie 360° AG tätig ist. Bis jetzt seid ihr von einer stabilen, demokratisch legitimierten Geschäftsbeziehung ausgegangen. Plötzlich verkaufen ein paar Typen die Energie 360° AG an EKZ, ohne euch zu fragen. Wie würdet ihr reagieren? Ich wäre ziemlich wütend. Ich habe ausschliesslich mit öffentlich zugänglichen Informationen gearbeitet und halte mich an Geheimhaltungspflichten. Dass die Grünen unseren Vorstoss zu detailliert finden, verstehe ich als Kompliment zur Arbeitsweise der AL.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: *Ich danke für die intensive Debatte, die einige Punkte aufgezeigt hat, die wir in die nächste Phase mitnehmen. Ich möchte nochmals auf die Ausgangslage eingehen und an einige Fakten erinnern. Ausgangspunkt war die Überprüfung der Strukturen der Energieversorger in der Stadt Zürich. Der Wunsch nach Aufräumen ist nicht neu. Vor ziemlich genau zwei Jahren hat der Stadtrat dem Parlament eine Weisung zur Neuorganisation der städtischen Wärmeversorgung überwiesen. Die städtische Infrastruktur in Verwaltungshand zu nehmen, war damals Teil dieser Neuorganisation. Wir haben festgehalten, dass ewz künftig als einziger Lieferant für Wärmeversorgung in der Stadt Zürich tätig sein soll. Das betraf die Fernwärme von Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ), die seit einem Jahr bei ewz integriert ist, aber auch sämtliche Energieverbünde der Energie 360° AG mit einem Gebietsauftrag. Wichtig ist auch, dass diese nun an ewz übertragen werden. Im Bereich Energieverbünde gibt es bei der Energie 360° AG künftig also keine Infrastruktur mehr. Bezüglich des Gasnetzes haben wir gleichzeitig einen Absenkpfad vorgestellt und darauf hingewiesen, dass das Gasnetz schrittweise stillgelegt und durch thermische Netze ersetzt werden soll. In den nächsten Jahren wird das Gasnetz also stillgelegt. Dann gibt es die Infrastruktur auch nicht mehr.*



Zum Beispiel im Niederdorf kann es sein, dass das Gasnetz noch länger betrieben wird. Das sind aber kleine Ausnahmen. Die Stilllegungen sind vom Stadtrat bereits beschlossen. Das kantonale Energiegesetz ist einer der Haupttreiber der Entwicklung weg von fossilen Heizungen. Damit bleibt eine Firma zu 96 Prozent im Besitz der Stadt Zürich, die künftig gar nicht oder nur minim in der Stadt tätig ist und die Infrastruktur, um die gebangt wird, nicht mehr besitzt. Mit dieser Ausgangslage war für den Stadtrat klar, dass wir eine Strategie entwickeln müssen. Wir haben bereits damals in der Weisung zur Neuorganisation der städtischen Wärmeversorgung angekündigt, dass wir abklären werden, ob es bei der Energie 360° AG neue Eigentumsverhältnisse braucht. Es muss also niemand überrascht sein. Wir hatten auch in der letzten Budgetdebatte Fragen zu dem Konto, über das wir heute sprechen. Auch dort haben wir aufgezeigt, dass wir die Markt- abklärungen machen werden. Der Kommission haben wir das Geschäft mehrmals präsentiert und deren Mitglieder auf dem Laufenden gehalten. Es stand unter Geheimhaltung, solange nicht öffentlich bekannt war, mit wem wir diskutierten. Wir hatten mehrere Interessenten für die Energie 360° AG. Am Schluss wollte allerdings nur EKZ in eine vertiefte Verhandlungsphase eintreten. Auch das haben wir der Kommission erläutert. Nachdem vor den Herbstferien öffentlich bekannt wurde, dass wir mit EKZ verhandeln, haben wir auch alle Diskussionen mit dem Gemeinderat für öffentlich erklärt. Die Sache mit dem Stadtratsbeschluss kann man korrigieren. Die Debatten, die wir in den Kommissionen geführt haben, sind ja ratsöffentlich. Der Stadtrat hat nach dem Entscheid einen Steuerungsausschuss bestehend aus STR Raphael Golta, STR Daniel Leupi und mir eingesetzt, um diskutieren zu können, was die Perspektiven und Prämissen sind. Eine Prämisse ist: Der Gasausstieg muss in der Verantwortung der Stadt verbleiben. Der Stadtrat kann das Gasnetz jederzeit stilllegen. Selbstverständlich haben wir auch nach Mitteln gesucht, mit denen wir garantieren können, dass die Marge von einem möglichen Käufer nicht plötzlich ausgereizt wird. Die Firma ist erfolgreich unterwegs, aber sie ist ausserhalb der Stadt unterwegs. Die Risiken, die sie dort eingeht, tragen am Schluss die Steuerzahler der Stadt Zürich. Es macht Sinn, einen neuen Eigentümer zu suchen. Die meisten Energieverbünde befinden sich im Kanton Zürich, darum trifft es sich eigentlich gut, dass EKZ interessiert ist. Stand heute gibt es noch gar keine Offerte, keinen Antrag und keine Verhandlung. Diese gehören zum nächsten Schritt, auf den wir hinarbeiten. Die kritischen Punkte, vor allem betreffend Gasinfrastruktur in der Stadt und Heizpreise bei den Mietenden, werden wir beachten. Uns ist es wichtig, eine gute Lösung zu finden. Es ist nun mal so, dass wir den Antrag erst ausarbeiten müssen, bevor wir ihn mit dem Gemeinderat besprechen können. Es soll aber niemand behaupten, die Markt- abklärungen wären geheim gewesen: Man weiss es seit zwei Jahren.



4. Dringliche Nachtragskredite

S. 9	45	DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE			
	4500	Departement der Industriellen Betriebe Departementssekretariat			
	3132 00 000	Honorare externe Beratungen, Gutachten, Fachexpertisen usw.			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
002.	Antrag Stadtrat			978 000 Minderheit	Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsident Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
		978 000		0 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP)
		Begründung: Verzicht auf den Verkauf von Energie 360° – die städtische Infrastruktur und Energieversorgung sollen in der Kontrolle der Stadt bleiben.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Referat: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Martin Bürki (FDP), Vizepräsident; Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)

Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 108 gegen 11 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.



Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Referat: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 119 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer 3.

Mehrheit: Referat: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 107 gegen 11 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

1. Im Budget 2025 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als II. Serie zusammenfassend folgende ordentlichen Nachtragskredite bewilligt:

Ordentliche Nachtragskredite	Betrag
Erfolgsrechnung	12 673 100
Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	3 307 000
Total	15 980 100

Unter Ausschluss des Referendums:

2. Im Budget 2025 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als II. Serie zusammenfassend folgende ordentlichen Kreditübertragungen bewilligt:

Ordentliche Kreditübertragungen	Betrag
Erfolgsrechnung	+2 938 500 -3 118 500
Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	+180 000 -0
Total	0



13 / 13

Unter Ausschluss des Referendums:

3. Im Budget 2025 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als II. Serie zusammenfassend folgende dringlichen Nachtragskredite genehmigt:

Dringliche Nachtragskredite	Betrag
Erfolgsrechnung	67 000
Investitionsrechnung	0
Total	67 000

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 19. November 2025 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

5385. 2025/508

**Postulat von Christian Häberli (AL) und Tanja Maag (AL) vom 29.10.2025:
Verkauf der Energie 360°, Angebot von kommunalen Infrastrukturen an die
jeweiligen Gemeinden zum Kauf**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2025/367, Beschluss-Nr. 5211/2025, Antrag 002

Christian Häberli (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5332/2025).

Johann Widmer (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 12. November 2025 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Das Postulat wird mit 8 gegen 92 Stimmen (bei 18 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat